

Nicht zuletzt angesichts mehrerer amerikanischer Interventionen verdingt dieser südafrikanische Plan nicht. Statt dessen kam es am 28. und 29. Januar 1988 zu einem dreiseitigen Abkommen zwischen Angola, Kuba und Südafrika, in dem vereinbart wurde, daß Südafrika und Kuba ihre Einheiten aus Namibia abziehen, und daß in Namibia freie Wahlen stattfinden und daß alle Parteien die territoriale Integrität Namibias achten sollten. Ferner sollten die kubanischen Truppen aus Namibia abgezogen werden.

Die UNO-Resolution sowie das dreiseitige Abkommen gelten aus der Sicht Chinas als der große Durchbruch auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung der Namibia-Frage. China habe, wie es heißt, den gerechten Kampf des namibischen Volkes unter Führung der SWAPO für nationale Unabhängigkeit und Befreiung ständig unterstützt. China habe auch die unrechtmäßige Besetzung von Namibia und die Ablehnung der verschiedenen UNO-Resolutionen durch Südafrika entschieden verurteilt.

Leider gebe es nach wie vor drei schwere Probleme für die Zukunft Namibias: (1) Seine Wirtschaft (Diamanten und Uranerzbergwerke, Banken und Eisenbahnen) würden fast vollständig von Südafrika kontrolliert; (2) nach wie vor gebe es zu viele und zu verschiedene politische Strömungen im Lande, vor allem aber Konflikte zwischen den Stämmen sowie zwischen einigen Stämmen und der SWAPO; (3) nicht zuletzt aber fehlt es den SWAPO-Mitgliedern an Erfahrung.

Die Lösung aller drei Probleme sei eine Grundbedingung für die politische Unabhängigkeit Namibias und für eine weitere sichere und stabile Entwicklung. China wolle diesen Prozeß nach Kräften unterstützen (C.D., 7.4.89). -we-

Innenpolitik

Die innenpolitischen Ereignisse des Mai werden schwerpunktmäßig in den Themen dargestellt, die Übersichten für die Innenpolitik entfallen daher.

Kultur

*(9)

Wang Meng fordert stärkere Kontrolle des Kulturaustausches mit dem Ausland

Anläßlich der Eröffnung einer Nationalen Arbeitskonferenz über den Kulturaustausch mit dem Ausland forderte Kulturminister Wang Meng eine verstärkte Kontrolle des Kulturaustausches und den Erlass entsprechender Gesetze, damit eine reibungslose Entwicklung gewährleistet werde.

Wang Meng hob in seiner Rede hervor, daß die zuständigen Provinzbehörden bei der Belegung des Kulturaustausches allerorts Erfolge erzielt hätten. Dabei seien jedoch einige Probleme entstanden. Sie rührten hauptsächlich daher, daß manche Provinzbehörden bei der Entsendung chinesischer und der Einladung ausländischer Künstlerensembles oder einzelner Künstler die nötige Sorgfaltspflicht vermissen ließen. Eigenmächtig schlossen sie Verträge mit ausländischen Organisationen oder Agenten ab, ohne die Zentralbehörde zu informieren und die Kontrakte von ihr prüfen und genehmigen zu lassen. Er hoffe, daß bald gesetzliche Bestimmungen erlassen würden, die der jetzt herrschenden Verwirrung ein Ende machten (RMRB, 2.5.89).

Die angestrebten Reformen im kulturellen und künstlerischen Bereich, die eine Dezentralisierung der Verwaltung und die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Einheiten vorsehen (vgl. C.a., 1985/4, Ü 23), haben in den letzten vier Jahren kaum Fortschritte gemacht. Vor allem fehlt es an Gesetzen, die die Kompetenzen und Befugnisse des Kulturministeriums, der ihm untergeordneten Provinzbehörden und der einzelnen Einheiten festlegen. Manche Provinzbehörden schicken ihre Künstler und Ensembles unter Umgehung der Zentralbehörde zu Gastspielen ins Ausland oder holen in eigener Regie ausländische Künstler ins Land. Dadurch entgleitet der Regierung die Kontrolle über den Kulturaustausch mit dem Ausland, der - auch wegen des von konservativen Funktionären immer wieder propagierten Kampfes gegen Verwestlichung und bürgerliche Liberalisierungstendenzen - einen besonders problematischen Bereich der Kulturarbeit darstellt. -cre-

*(10)

Beijinger Journalisten richten Petition an das Zentralkomitee

Am 9. Mai 1989 wurde dem Sekretariat der Chinesischen Journalistenvereinigung eine von 1.013 Beijinger Journalisten unterzeichnete Petition übergeben, in der sie einen Dialog mit führenden Vertretern der Propagandaabteilung des ZK fordern. Zu den Unterzeichnern zählten Journalisten von mehr als 30 Beijinger Einheiten des Nachrichtenwesens, einschließlich der *Volkszeitung*, der *Xinhua-Nachrichtenagentur*, der *Wirtschaftszeitung*, der *Chinesischen Jugend-Zeitung*, der *Guangming-Zeitung*, der *Beijing-Zeitung* und der *Beijing-Abendzeitung*.

Über drei Punkte, so heißt es in der Petition, sei mit der Partei zu sprechen:

1. Die Entlassung von Qin Benli als Chefredakteur des für seine kritische Berichterstattung bekannten *Shanghai Weltwirtschaftsboten* durch das Shanghai Parteikomitee, die im In- und Ausland starke Reaktionen hervorgerufen habe.
2. Das Versagen der chinesischen Presse, objektiv, fair und umfassend über die Aktivitäten der Studenten in den letzten Wochen zu berichten. Dieses Versagen, das auf mehrere Gründe zurückzuführen sei, habe eine Verschlechterung der Situation bewirkt und das auf dem 13. Parteitag der KPCh verkündete Prinzip verletzt, nach dem wichtige Ereignisse dem Volk bekanntzumachen sind.
3. Der Sprecher des Staatsrats Yuan Mu habe während seines Dialogs mit Studenten am 29. April in Beijing erklärt, daß die Chefredakteure für den Inhalt ihrer Zeitungen verantwortlich seien. Das entsprechende nicht den Tatsachen. Es sei dringend erforderlich, dieses Problem im Zuge der Reform des Nachrichtenwesens zu lösen.

Zwei Mitglieder des Sekretariats der Chinesischen Journalistenvereinigung, Yang Yi und Tang Fei, empfingen die Pressevertreter, die die Petition übergaben. Dabei erklärte Guo Jiakuan, Leiter der Korrespondentenabteilung der *Chinesischen Jugend-Zeitung*, daß die Unterzeichner nicht im Namen ihrer Redaktionen, sondern als Einzelpersonen gehandelt hätten. Diese Petition, so fügte er hinzu, entspreche dem Geist der Rede Zhao Ziyangs vom 4. Mai 1989.

Yang Yi dankte den Journalisten für ihr Vertrauen in die Chinesische Journalistenvereinigung und sagte ihnen zu, die Petition an die zuständigen Stellen weiterzuleiten und ihnen die Ergebnisse mitzuteilen. Weiter hob er hervor, daß die Vereinigung die Pflicht habe, die Rechte und Interessen der Journalisten zu schützen. Sie wolle zur Reform des Pressesystems beitragen und ihr Bestes tun, damit die Forderungen der Journalisten erfüllt werden. - Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt indes, daß die Chinesische Journalistenvereinigung - ebenso wie die anderen Interessenvertretungen von Künstlern und Wissenschaftlern - nicht die Interessen ihrer Mitglieder wahrnimmt, sondern den Standpunkt der Regierung vertritt.

Während die Petition überreicht wurde, versammelten sich an die tausend Studenten von Beijinger Universitäten, darunter der Beida, vor dem Gebäude der Chinesischen Journalistenvereinigung, um die Forderungen der Journalisten zu unterstützen. Sie riefen "Sprecht für das Volk!" und "Vereinigt euch, um China stark zu machen!" (GMRB, 10.5.89; XNA, 10.5.89; BRu, 23.5.89).

Am 11., 12. und 13. Mai 1989 setzten sich Hu Qili und andere Partei- und Regierungsvertreter mit Redakteuren und Journalisten der Xinhua-Nachrichtenagentur, der *Volkszeitung*, der *Guangming-Zeitung* und der *Chinesischen Jugend-Zeitung* zu Gesprächen zusammen. Hu Qili dankte den Pressevertretern für ihre Kritik und erklärte, es sei jetzt dringend geboten, die Reform des Pressesystems durchzuführen. Das auf dem 13. Parteitag der KPCh verkündete Prinzip, die wichtigsten Ereignisse der Bevölkerung mitzuteilen und von ihr diskutieren zu lassen, müsse verwirklicht werden. Die Gespräche, die der *Guangming-Zeitung* zufolge in einer freundlichen und harmonischen Atmosphäre verlaufen sind, sollten fortgesetzt werden (GMRB, 14.5.89).

Auch wenn die chinesische Führung zunächst Gesprächsbereitschaft signalisiert hat, aufgrund der Ereignisse der folgenden Wochen und der Maßnahmen von Partei und Regierung ist zu befürchten, daß die Unterzeichner der Petition massiven Schwierigkeiten ausgesetzt sein werden. -cre-

*(11)
Chinesische Studie über Sexualbräuche nach Protesten von Moslems verboten

Anfang bis Mitte Mai 1989 demonstrierten Tausende von Moslems in den Provinzen Gansu, Qinghai und Shaanxi sowie in Beijing gegen eine von chinesischen Autoren verfaßte Studie über Sexualbräuche, in der sie ihren Glauben verunglimpft sahen. Die Moslems hatten ihre Protestkundgebungen offensichtlich auf den Besuch des iranischen Staatspräsidenten Ali Chameini abgestimmt, der sich vom 9. bis 14. Mai 1989 in der Volksrepublik China aufhielt (vgl. BRu, 23.5.89).

Nachdem am 5. und 6. Mai "einige tausend" Moslems in Lanzhou mit Demonstrationen gegen die Studie protestiert hatten (Radio Gansu, 13.5.89, nach SWB, 15.5.89), reagierten die zuständigen Behörden umgehend. Wie die *Guangming-Zeitung* am 15. Mai 1989 berichtete, war das Buch im März dieses Jahres unter dem Titel *Qing fengsu (Sexuelle Sitten und Bräuche)* von zwei Verlagen in Shanghai und Shanxi gemeinsam herausgegeben worden. Am 6. Mai befand die für das Presse- und Publikationswesen zuständige Behörde Shanghais, daß die Studie den Islam beleidige, die Gefühle der Moslems verletze, den politischen Richtlinien von Partei und Regierung bezüglich der Religionen widerspreche und der nationalen Einheit und der gesellschaftlichen Stabilität schade. Die Behörde ordnete an, alle Exemplare des Buches zu beschlagnahmen und zu vernichten, den Verlag zwecks Überprüfung und Reorganisation zu schließen sowie den Erlös aus dem Verkauf einzuziehen; der Verlag wurde zudem aufgefordert, sich bei den "moslemischen Brüdern" öffentlich zu entschuldigen (GMRB, 15.5.89).

In einem zweiten Bericht gab die *Guangming-Zeitung* am 16. Mai weitere Einzelheiten bekannt. Demzufolge reisten Funktionäre der Shanghaier Presse- und Publikationsbehörde am 8. Mai nach Beijing, um sich bei der Islamischen Vereinigung Chinas für das Erscheinen des Buches zu entschuldigen. Die Zentralbehörde bestätigte die Anordnungen der Shanghaier Behörde und kündigte an, daß die Autoren und Verlage gemäß den gesetzlichen Bestimmungen bestraft werden. Weiter erklärte sie, daß am 9. Mai 95.240 noch nicht ausgelieferte Exemplare des Buches vernichtet worden seien

(GMRB, 16.5.89). In Beijing, Lanzhou, Xi'an und in mehreren Städten der Provinzen Qinghai und Gansu kam es in den folgenden Tagen zu weiteren Demonstrationen von Moslems (FR, 13.5.89; SWB, 15. und 17.5.89).

Für die chinesische Regierung stellt sich nicht die Frage, ob die Freiheit der Wissenschaft und Kunst gegen eine Glaubensgruppe zu verteidigen sei, die sich in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlt. Das Verhältnis zu den nationalen Minderheiten ist zu heikel, als daß sie wegen irgendeines Buches einen offenen Konflikt riskieren wollte. Überdies handelt es sich in diesem Fall nicht um eine eigenständige Forschungsarbeit, sondern um ein Plagiat. Die beiden Autoren des Buches haben in einem offenen Brief, in dem sie sich bei den Moslems entschuldigen, bekannt, daß sie den dritten Band einer mehrbändigen, in Taiwan erschienenen Kulturgeschichte unter einem anderen Titel veröffentlicht hätten (*Zhongguo Tongxun She* Hongkong, 17.5.89, nach SWB, 23.5.89). -cre-

Außenwirtschaft

*(12)
Reaktionen ausländischer Investoren und Financiers auf die chinesische Massaker-Politik

Wie die japanische Nachrichtenagentur *Kyodo* am 28.5.1989 berichtete, habe eine japanisch-US-amerikanische Bankengruppe Kredite in Höhe von 120 Mio.US\$ an die China National Petroleum Corporation eingefroren, und zwar "wegen der politischen Unruhen in China". Am 28.5.1989 berichtete die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po*, daß Yao Yilin auf einer Sitzung des Staatsrates betont habe, daß die chinesische Regierung Vorbereitungen gegen eine solche Entwicklung getroffen und beschlossen habe, sofort die wirtschaftliche und Handelszusammenarbeit mit der Sowjetunion als Gegenmaßnahme zu erhöhen.

Die Europäische Gemeinschaft bemühte sich am 6.6.1989 um erste Schlußfolgerungen aus der Entwicklung in China. Als sicher kann angenommen werden, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Öffnung Chinas (und